

„Betroffene entschädigen“

Reaktionen auf die Electrabel-Entscheidung: „Es geht um die Gesundheit“

(Job). „Auch wenn das Electrabel-Kraftwerk gebaut wird, werde ich in der Deichstraße wohnen bleiben“, sagt **Bützfleths Ortsbürgermeister Wolfgang Rust**. Der CDU-Politiker, der dazu steht, vor zwei Jahren für die Ansiedlung gestimmt zu haben, sieht sich zwischen den Fronten: „Ich erhalte anonyme Briefe, und ein Kraftwerks-Gegner wollte mir auch schon ans Leder.“ Von der Idee, den Meller gegebenenfalls 100 Meter näher an die Elbe zu rücken, hält Rust nicht viel: „Das bringt im Ergebnis kaum etwas.“ Stattdessen sei es wichtig, mit dem belgischen



Ortsbürgermeister Wolfgang Rust



BI-Sprecherin Sabine Klie

Stromkonzern Entschädigungen für die Betroffenen auszuhandeln.

„Die Wertminderung bei den Immobilien ist nicht der entscheidende Punkt. Die Bützflether haben begriffen, dass es um ihre Gesundheit geht“, sagt **Sabine Klie**, Sprecherin der **Bürgerinitiative für eine umweltverträgliche Energie** und SPD-Fraktionsvorsitzende im Ortsrat Bützfleth. Die Hauptprobleme sieht sie im Lärmschutz: „Für die Anwohner, die nahe am Kraftwerk wohnen, wird es einen Höllen-Lärm bedeuten“, ist Klie überzeugt, vor allem wenn die Kohle auf der Schiene über eine

Trasse direkt hinter dem Deich angeliefert werden sollte. Einzige Möglichkeit, das Projekt zu stoppen, sieht die BI-Sprecherin in einer Normenkontrollklage: Doch stelle sich hier auch die Frage, wie ein solcher Rechtsstreit finanziert werden kann.

„Für die unmittelbar betroffenen Anlieger in Bützfleth seien massive Wertverluste ihrer Grundstücke und Häuser und erhebliche Beeinträchtigungen von Gesundheit und Lebensqualität verbunden, so dass ihr vehementer Protest nur verständlich ist, kommentierten die Stader Grünen. Es sei zu befürchten, dass Stade, Brunsbüttel und Wilhelmshaven der neue Kohlenpott Deutschlands werden würde. Unter globalen Gesichtspunkten sei die Entscheidung, zwei Kraftwerke zu bauen, „eine Katastrophe“.